LÄNDERBERICHT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BULGARIEN

ANDREAS VON BELOW BORISLAW WANKOW

August 2008

www.kas.de/sofia

Bulgarische Reaktionen auf den EU-Bericht

REGIERUNG ÜBERSTEHT MISSTRAUENSVOTUM, OPPOSITION KÜNDIGT PROTESTE AN

Die EU-Kommission prangert in ihrem jüngsten Bericht erneut scharf den fehlenden Fortschritt bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption in Bulgarien an. Zudem übt Brüssel Kritik an der Verwaltung der EU-Mittel. Eine Reihe von Zahlungen aus den europäischen Fonds wurde ausgesetzt. Die bulgarischen politischen Kreise reagierten unterschiedlich auf das Papier.

Erste Reaktionen von Staatspräsident und Regierungsparteien

m Regierungslager gab es zum einen Bestrebungen, das Dokument als etwas mehr oder weniger "Normales", in dem sich positive Einschätzungen und Kritik ungefähr die Waage halten, darzustellen. Andere sahen Bulgarien eher in der Märtyrerrolle. Allerdings haben auch manche Vertreter der Regierungsparteien zugegeben, dass die Kritik der EU-Kommission berechtigt und sehr ernst zu nehmen sei.

Staatspräsident Georgi Parwanov erklärte in einer offiziellen Verlautbarung, dass der Bericht nicht wenige kritische Einschätzungen enthalte, die aber nicht zu Negativismus führen dürften. Bulgarien habe viel auf seinem europäischen Weg erreicht. Jetzt müssten sich die Legislative, Exekutive und Justiz auf die Überwindung der Schwächen, die im Bericht aufgelistet werden, konzentrieren. Bulgarien habe die Ressourcen und das Potential, dies zu erreichen.

In einer ersten Reaktion gab Ministerpräsident Sergej Stanischev mit den Worten "Ich werde niemand den Wölfen zum Fraß vorwerfen" zu verstehen, dass er nicht die Absicht habe, als Reaktion auf die Kritik aus Brüssel Minister zu entlassen. Auf scharfen Widerspruch seitens der Justiz stieß seine Äußerung, dass die Regierung trotz der Aufforderungen aus Brüssel die Justiz nicht "säubern" könne, weil diese sei, wie sie sei. Die Exekutive könne die Justiz bloß aufrufen, Verfahren nach politischer Zweckmäßigkeit zu entscheiden, sagte Stanischev. Vertreter der Justiz verwahrten sich gegen etwaige "Gerichtsurteile nach politischer Zweckmäßigkeit", weil das in eine "Hexenjagd" ausarten könne.

Außenminister Iwajlo Kalfin sagte, dass der Bericht kritisch, aber objektiv sei. Bulgarien habe im Bereich der inneren Sicherheit und Justiz Fortschritte erzielt. Das Land brauche sich nicht zu schämen, es gebe keinen Anlass, ein Drama daraus zu machen.

Für den Sekretär der Sozialistischen Partei (BSP) Anton Kutev sind Bulgarien und Rumänien hingegen eher Sündenböcke für konjunkturelle Prozesse, die in der EU verlaufen. Ein Rücktritt des Kabinetts komme nicht in Frage: "Wenn bei jedem kritischen Bericht der EU die Regierung zurücktreten müsste, würden wir jedes Jahr eine neue wählen müssen."

Der linke Flügel innerhalb der Sozialistischen Partei, der traditionell Kritik am Kurs der Parteiführung übt, vertritt einen ande-



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BULGARIEN

ANDREAS VON BELOW BORISLAW WANKOW

August 2008

www.kas.de/sofia

ren Standpunkt. Der diesem Flügel zugeordnete Vorsitzende des parlamentarischen
Rechtsausschusses, Janaki Stoilov, warnte
davor, den Bericht der EU als "Verschwörung gegen Bulgarien" zu betrachten. Seiner Ansicht nach müssten die für die Einstellung der EU-Zahlungen verantwortlichen
Minister zur Verantwortung gezogen werden. "Der Ministerpräsident sollte sagen,
wer persönlich verantwortlich ist", äußerte
er, ohne jedoch Namen zu nennen.

Der ehemalige Präsidentenberater und gegenwärtige Bürgermeister der Stadt Blagoewgrad, der Sozialist Kostadin Paskalev, der ebenfalls zu den Kritikern der BSP-Parteiführung gehört, erklärte, dass um den EU-Bericht vorsätzlich eine Hysterie geschürt werde. Staatspräsident Parwanov arbeite derzeit aktiv daran. Premierminister Stanischev abzusetzen. Paskalev bezweifelte indessen, dass der Präsident mit seinem vermeintlichen Plan Erfolg haben werde. Nach seinen Worten sei die jetzige Krise schon vor sechs Jahren in der Regierungszeit des Ex-Königs Simeon Sakskoburggotski vorprogrammiert gewesen, denn damals sei eine ungeeignete Struktur für die Aufnahme der EU-Fonds eingerichtet worden. Allerdings hätte die jetzige Regierung diese Struktur ändern müssen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Königsbewegung, Milen Weltschev, erklärte, dass seine Partei auf die Übernahme adäquater politischer Verantwortung für die Feststellungen im Bericht bestehen werde, ohne dies näher zu erläutern. Er widersprach indirekt den Behauptungen von Anton Kutev (BSP), dass Bulgarien und Rumänien Sündenböcke der EU seien: "Im Gegensatz zu manchen unserer Kollegen, bei denen es eine Tendenz gibt, die Bedeutung des Berichtes herunterzuspielen und den Eindruck zu erwecken, dass es eine Verschwörung gegen Bulgarien gibt, nehmen wir das von der EU Gesagte außerordentlich ernst." Analog äußerte sich Ex-Außenminister Solomon Passi (Königsbewegung): "Auf die Diagnose von Brüssel muss gehört und die Anordnungen müssen befolgt werden."

Die Sitzung in Bansko

Am ersten Wochenende nach Erscheinen des EU-Berichts versammelte sich der erweiterte Koalitionssausschuss der drei Regierungsparteien im Skiort Bansko zu einer Art Krisensitzung. Die Vertreter der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP), der Königsbewegung (NDSW) und Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) demonstrierten Einigkeit und Geschlossenheit. Inwieweit das Thema des eventuellen Rücktritts von Ministern angesprochen worden ist, muss spekulativ bleiben. Offiziell verlautete, dass eine Expertengruppe gebildet werden soll, die bis zum 15. September Vorschläge für ein zentralisiertes System zur Kontrolle der EU-Gelder unterbreiten soll. Derzeit befindet sich die Verwaltung der Eurofonds in der Zuständigkeit mehrerer Ressorts. Vor nur drei Monaten war der Posten eines für die EU-Mittel verantwortlichen Vizepremiers ohne Geschäftsbereich geschaffen worden.

Auf der Abschlusspressekonferenz sagte Premierminister Stanischev, dass der Staat die Möglichkeit und die Bereitschaft habe, Europrojekte, bei denen Brüssel die Zahlungen eingestellt habe, aus den im Haushalt erwirtschafteten Überschüssen zu finanzieren. Ein besonderes Ministerium für EU-Mittel soll nicht gebildet werden, weil dies eine große Verzögerung bei der Finanzierung der Projekte nach sich zöge. "Niemand in der Regierungskoalition leugnet die existierenden Probleme. Der einfachste politische Akt wäre es, ein oder zwei Ministerköpfe rollen zu lassen. Die Frage ist, ob das die korrekte Handlung wäre", meinte der Premier. Stanischev dementierte Gerüchte, dass es zwischen ihm und dem Staatsoberhaupt Parwanov Spannungen gebe. Deshalb könne es auch keine Verschwörung seitens des Präsidenten zur seiner Absetzung geben.

Simeon Sakskoburggotski sagte, dass die Koalition nicht nur aus drei Parteien bestehe, sondern auch dauerhaft sein werde (im Bulgarischen ein Wortspiel: "trojna" – "dreifach", "trajna" – "dauerhaft"). Man dürfe die Situation nicht dramatisieren.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BULGARIEN

ANDREAS VON BELOW BORISLAW WANKOW

August 2008

www.kas.de/sofia

Der Vorsitzende der Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS), Achmed Dogan, meinte, dass die Technologie für die Verwaltung der Eurofonds entscheidend für die Regierung sei. Bulgarien sollte sich allerdings weniger selbst kasteien und weniger masochistisch sein, um sich in der EU etablieren zu können. Die Koalition sei in der Lage, ihre Fehler zu korrigieren. Es sei eine bessere Finanzdisziplin erforderlich, konkrete Verantwortung müsse übernommen werden.

Reaktionen der Opposition

Die Opposition interpretierte das EU-Papier als Beweis für das Scheitern der Regierungspolitik und forderte nachdrücklich den Rücktritt des Kabinetts. Sie brachte umgehend einen Misstrauensantrag gegen die Regierung im Parlament ein.

Der Abgeordnete von der bürgerlichen Union Demokratischer Kräfte (UDK) Martin Dimitrov sagte, dass die Konsequenzen aus diesem Bericht sehr schwerwiegend seien und eine lange Zeit erforderlich sein werde, um sie zu überwinden. Das Image Bulgariens sei schwer beschädigt.

Der Vorsitzende der bürgerlichen Partei "Demokraten für ein starkes Bulgarien" (DSB), Iwan Kostov, ist über die Reaktion der Regierung beunruhigt. Sie versuche seiner Meinung nach geradezu, mit der EU-Kommission zu streiten und ihr zu widersprechen. Einziger Ausweg sei der Rücktritt der gesamten Regierung.

Der Vorsitzende der in Meinungsumfragen derzeit führenden, aber nicht im Parlament vertretenen Partei GERB, Zwetan Zwetanov, forderte ebenfalls den Rücktritt des Kabinetts: "Alle Oppositionsparteien sind sich einig, dass die Regierung nach dem Misstrauensvotum gehen muss", sagte er.

GERB hatte in den vergangenen Monaten immer wieder Neuwahlen verlangt und die Opposition zum Verlassen des Parlaments aufgefordert.

Der Vorsitzende der nationalistischen Partei "Ataka", Wollen Siderov, beharrt auf einen

Parlamentsboykott, will diesen aber mit den anderen Oppositionsparteien abstimmen, damit er effektiv ist.

Der Misstrauensantrag

Das von der Opposition im Parlament eingebrachte Misstrauensvotum "wegen der materiellen und moralischen Schäden für Bulgarien und seine Bürger wegen der Nichtaufnahme der Gelder aus den europäischen Strukturfonds" scheiterte erwartungsgemäß. Alle 150 Abgeordneten der Regierungskoalition stimmten dagegen, dafür erklärten sich 84 Abgeordnete, es gab eine Enthaltung. Premierminister Stanischev sagte nach der Abstimmung, dass der Antrag gescheitert sei, weil die Opposition keine Alternative anbiete. Er erwarte allerdings im Herbst ein neues Misstrauensvotum, gepaart mit der Organisierung sozialer Unzufriedenheit.

Die Opposition rückt zusammen

Die Opposition betrachtet den gescheiterten Misstrauensantrag keinesfalls als Schlusspunkt ihrer Bemühungen für die Absetzung der Regierung, sondern lediglich als Durchgangsstadium. Die außerparlamentarische Partei GERB (Mitglied der EVP) sowie die Partei "Demokraten für ein starkes Bulgarien" (DSB, Mitglied der EVP), die bislang gewisse Berührungsängste gegenüber GERB zeigte, haben am vergangenen Wochenende über gemeinsame Protestaktionen im September verhandelt. Die Union Demokratischer Kräfte (UDK), die ebenfalls Mitgliedspartei der EVP ist, soll in den kommenden Tagen zu den Verhandlungen dazu stoßen. Es wurde angeregt, dass alle EVP-Parteien einen nationalen Stab bilden, der die Protestaktionen gegen die Regierung organisiert. Die konkreten Formen, die Technologie und das Datum der Protestaktionen sind noch nicht festgelegt.

Die Meinung von Beobachtern und Politologen

Die Ansichten der politischen Beobachter über den EU-Bericht und seine Auswirkungen gehen ebenso wie die der Politiker auseinander.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BULGARIEN

ANDREAS VON BELOW BORISLAW WANKOW

August 2008

www.kas.de www.kas.de/sofia Der Politologe Iwan Krastev ist der Meinung, dass die Regierung an vorgezogene Wahlen denken müsste, weil sie das Vertrauen der Gesellschaft verloren habe. Die Demoralisierung der Gesellschaft sei zu weit fortgeschritten, eine gleichgültige Gesellschaft sei am schwersten zu regieren.

Der Meinungsforscher Juri Aslanov vertrat einen konträren Standpunkt: weder Neuwahlen noch eine Regierungsumbildung seien nötig. Er wies darauf hin, dass die EU weitere 16 Länder, z.B. Griechenland und Deutschland, bestrafe, dies jedoch lediglich in Bulgarien dramatisiert werde.

Nach Ansicht seines Kollegen Zwetosar Tomov zeige der EU-Bericht jedoch die Unfähigkeit der Regierung, der organisierten Kriminalität, Korruption und der Verbindungen zwischen der Schattenwirtschaft und staatlichen Kreisen Herr zu werden.

Der Soziologe Antonij Galabov glaubt, dass Bulgarien nach dem Misstrauensvotum in eine neue politische Situation eintritt. Die demonstrierte Geschlossenheit der Regierung dürfte nur zum Anwachsen des Konfliktpotentials führen. Es bestehe die Gefahr, dass die politische Debatte in den kommenden Monaten durch "aggressiven Populismus" ersetzt werde.

Die Stimmungslage in der Bevölkerung

Nach neuesten Umfragen hat die Kritik aus Brüssel an Sofia in der Bevölkerung keineswegs den Euroskeptizismus genährt. Die Erklärung dafür ist vermutlich, dass breite Bevölkerungskreise die Regierung, wohl auch die gesamte politische Elite, für korrupt und unfähig halten und deshalb stark auf Brüssel setzen, von dem sie sich erhoffen, dass es das Kabinett unter Druck setzen so quasi "in die Schranken weisen" könnte. Laut letzten Meinungsumfragen hat das amtierende Kabinett Stanischev sehr niedrige Sympathiewerte, doch scheint die Opposition zumindest bisher nicht direkt davon zu profitierten. Es ist davon auszugehen, dass Bulgarien ein "heißer" Herbst bevorsteht.